Parlament will Prämienzahlende entlasten

Einigung: 356 Millionen Franken sollen die Kantone zusätzlich an Prämienverbilligungen zahlen.

Anna Wanner

Die Prämien werden wieder steigen, in zwei Wochen wird der Bundesrat die Änderungen für 2024 verkünden. Die Rede ist von bis zu neun Prozent, wobei die Zahl im Einzelfall deutlich abweichen kann. Es bedeutet: Eine Person zahlt im Schnitt bald 400 Franken pro Monat für ihre Krankenversicherung.

Abhilfe kann die individuelle Prämienverbilligung schaffen, die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP trifft einen empfindlichen Nerv: Niemand soll mehr als 10 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Um dies zu erreichen, soll der Bund mindestens zwei Drittel der Prämienverbilligung finanzieren, die Kantone den Rest.

Gemäss Schätzungen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) führt die Umsetzung der Initiative zu 3,7 Milliarden Franken Mehrausgaben seitens Bund, der pro Jahr bereits 2,8 Milliarden für Prämienverbilligungen ausgibt. Die Kantone müssten gemäss Initiative die Versicherten neu anstatt mit 2,6 Milliarden mit rund 3,4 Milliarden Franken unterstützen, plus 800 Millionen Franken.

Der Handlungsbedarf ist unbestritten, über Monate hat das Parlament um einen Gegenvorschlag gerungen. Nun steht fest: Die Kantone sollen künftig rund 356 Millionen Franken zusätzlich einschiessen.

Das ist nicht nur deutlich weniger als die 4,5 Milliarden Franken, welche die Initiative verlangt. Es ist auch weniger, als der Bundesrat in seinem Gegenvorschlag präsentierte: Rund 600 Millionen Franken hätten die Kantone aufstocken sollen.

Wo sich Parlament und Bundesrat aber einig sind: Der Bund beteiligt sich heute zur Genüge. Die Kantone müssten nun nachziehen und mehr einschiessen, weil sie die griffigeren Instrumente haben, um die Gesundheitskosten zu steuern.

Für die Sozialdemokraten ist das Ergebnis eine grosse Enttäuschung. Noch im Sommer 2022 schmiedete die SP mit der Mitte einen Kompromiss, der rund 2 Milliarden Franken an Zuschüssen vorsah. Im Nationalrat obsiegte dieser klar. Die SP frohlockte und stellte in Aussicht, ihre Initiative zurückzuziehen.

Doch die Spendierlaune ist vorbei. Co-Parteichefin Mattea Meyer sagt, die SP habe Hand geboten, einen substanziellen Gegenvorschlag auszuarbeiten. «Doch bei einem derart ungenügenden Gegenvorschlag werden wir unsere Initiative nicht zurückziehen.» Die Chancen der Initiative stehen angesichts der steigenden Prämienlast gut. Meyer: «Wenn die bürgerliche Mehrheit im Parlament die grösste Sorge der Bevölkerung weiterhin einfach ignoriert, sollen die Menschen an der Urne über bezahlbare Prämien entscheiden.»

Die Mitte hat sich umentschieden

Was ist passiert? Zunächst stellte sich der Ständerat quer und lehnte einen Gegenvorschlag integral ab. In einem zweiten Anlauf erarbeitete er die äusserst sparsame Vorlage, die komfortabel durch den Nationalrat ging. Von rund 2 Milliarden Franken schrumpft der Ausbau der Prämienverbilligungen auf 356 Millionen Franken. Nebst der SP votierten auch Grüne und Grünliberale für grosszügigere Beiträge. Doch sie unterlagen der bürgerlichen Mehrheit, zu der sich nun die Mitte gesellte.

Im Sommer 2022 stimmten sämtliche Mitglieder der Mitte-Fraktion für die 2-Milliarden-Variante. Jetzt waren nur mehr 3 von 27 von der Vorlage überzeugt – wobei nicht einmal die leicht grosszügigere abgewandelte Bundesratsvariante von rund 500 Millionen Franken mehr Mitte-Stimmen erhielt.

Fraktionschef Philipp Mathias Bregy sagt, die Mitte habe sich immer für einen «substanziellen Gegenvorschlag» stark gemacht. «Prämienverbilligungen sind ein wichtiges Instrument für den sozialen Ausgleich und für den Schutz der Kaufkraft der Bevölkerung.» Der Gegenvorschlag sei ein wichtiger Schritt. Jährlich fliessen zusätzlich 350 Millionen Franken ins System – zielgerichtet. «Er kommt den Personen zugute, die auf eine individuelle Prämienverbilligung angewiesen sind.»

Dass die Mitte letztes Jahr den Gegenvorschlag grundsätzlich unterstützt hat, bestätigt Bregy. «Aber wir hatten bereits damals angekündigt, dass wir die vorgesehenen 2 Milliarden Franken nicht mittragen können.» Bregys bürgerliche Mitstreiter gehen mit ihm einig, dass das Parlament nicht nur über Prämienverbilligungen, sondern vor allem über die Kosten sprechen soll. SVP-Nationalrat Thomas de Courten erklärt: «Wir müssen bei den Kosten ansetzen, um das Problem der steigenden Prämien zu lösen.»

Das Parlament hat die Chance, mit konkreten Massnahmen die Kosten zu dämpfen. Der Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative der Mitte wäre ein Anfang.

Zwei Varianten der Prämienentlastung (in Mio. Fr.)

	Ausgaben 2020		Entlastungs-Initiative		Vorschlag Parlament
	Bund	Kanton	Bund	Kanton	Kanton
ZH	504	371	433	98	7
BE	343	278	532	159	65
LU	132	56	69	44	28
UR	12	4	3	4	3
SZ	52	18	20	18	17
OW	12	5	4	3	2
NW	14	2	-1	5	4
GL	13	6	9	5	4
ZG	42	19	-0	2	-
FR	105	78	116	33	5
SO	91	69	110	32	15
BS	71	135	191	-	-
BL	99	49	148	74	56
SH	28	28	26	-	-
AR	18	12	13	4	1
AI	5	1	-0	2	1
SG	168	59	133	92	73
GR	66	52	73	17	6
AG	226	116	129	61	27
TG	92	51	64	28	9
TI	117	192	290	12	-
VD	265	499	541	-	-
VS	114	76	162	62	33
NE	59	66	148	38	-
GE	174	348	425	-	-
JU	24	26	55	14	-
	2849	**2615**	**3695**	**805**	**356**

Lesebeispiel: 2020 zahlte der Kanton Zürich 371 Millionen Franken an Prämienverbilligungen. Die grosszügigen Kantone wie Basel-Stadt und Genf erwarten keine zusätzlichen Kosten.

Stehende Ovationen – und Kritik

Feierlich und mit Selbstironie: So feiert die Schweiz 175 Jahre Bundesverfassung. Der SVP passt das nicht.

Othmar von Matt, Doris Kleck

Das Komikduo Gilbert und Oleg führt in der Vereinigten Bundesversammlung selbstironisch durch den Festakt. Bild: Keystone

Die Obwaldner von links: Regierungsrat Josef Sepp Hess, Standesweibelin Hanna Mäder und Regierungsrat Christian Schäli. Bild: Keystone

Sie hatte am Dienstag ihren grossen Tag: die Bundesverfassung von 1848. Zu ihrem 175. Geburtstag durfte sie das Bundesarchiv verlassen. Gut geschützt lag sie vorne im Nationalratssaal auf. Eine silberne Siegelkapsel hängt an Kordeln, die sich durch die ganze Urkunde ziehen und sie vor Fälschungen schützen. 114 Artikel umfasste die Bundesverfassung von 1848. Ihre Schöpfer, resümierte Nationalratspräsident Martin Candinas, hätten dem zerstrittenen Bündnis der Kantone in kürzester Zeit eine Staatsform auf den Leib geschneidert, die auch im Jahr 2023 noch sitze und dem Land festen Halt gebe.

Und so waren sie alle da, die politisch das Sagen haben: Die sieben Bundesräte in corpore, fast alle National- und Ständeräte, der Präsident des Bundesgerichts, Nationalbankpräsident Thomas Jordan und auf der Tribüne die Vertreterinnen und Vertreter der 26 Kantone mit ihren Weibeln. Und weil die Gründungsväter der modernen Schweiz ein bisschen bei der Sister Republic abgeschaut hatten, war auch US-Botschafter Scott C. Miller zugegen.

Durch den Festakt führte das Komikduo Gilbert und Oleg – mit selbstironischer Note. Politologe Claude Longchamp zeigte in einer Art «Netflix-Kurzserie» auf, wie die Verfassung zustande gekommen war. Auf Begeisterung stiessen die musikalischen Einlagen etwa des Ensembles Chambre de Sax, des Vokalensembles Ardent oder des Frauenduos Nina Dimitri & Silvana Gargiulo. Der Schweizer Kabarettist Joachim Rittmeyer trat als eingebürgerter Schweizer auf, der unter dem Motto «Musterfall Demokratie» Episoden aus einem Wahllokal zum Besten gab. Rittmeyer hatte zudem die Landeshymne kabarettistisch umgedichtet. «Landessprachen: vier und -Väter 7», hiess es da. Und: «Fifa-Steuern: 0 Prozent, 30 Bau'rn im Parlament.»

«Unglaubliche Geschichte weiterschreiben»

Die politischen Redner lobten die «Einheit in der Vielfalt», wie Markus Dieth, der Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen. «Wir brauchen den gemeinsamen Dialog, um unsere Erfolgsgeschichte fortzusetzen.» Nationalratspräsident Candinas taxierte das Zweikammersystem der Schweiz als «revolutionären Vorschlag». «Es verschafft den kleinen Ständen ebenso Gehör wie den grossen.» Die Verfassung sei in einer «Männerrepublik» entstanden, sagte Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli-Koller. Später habe sie sich aber zum Gemeinschaftswerk entwickelt, an dem jede Bürgerin und jeder Bürger mitwirken können. «Lassen Sie uns diese unglaubliche Geschichte zusammen weiterschreiben», sagte sie. «In gegenseitigem Respekt.»

Bundespräsident Alain Berset setzte zu einer Eloge an auf Ulrich Ochsenbein, Nummer zwei des Tagsatzungsheeres und 1848 in den Bundesrat gewählt: «Er überzeugte die Soldaten, Luzern nach dem Sieg nicht niederzubrennen. Und er erkannte: Das Verbindende ist grösser als das Trennende.»

SVP übt scharfe Kritik am Festakt

Während des Festaktes gelichtet waren die Reihen der SVP-Fraktion. Wichtige SVP-Parlamentsmitglieder wie Magdalena Martullo-Blocher, Céline Amaudruz, Thomas Matter und Marcel Dettling blieben der Feier von Beginn an fern. Und jene, die anwesend waren, erteilten ihr keine gute Noten, wie Fraktionschef Thomas Aeschi bestätigt: «Sie fiel in den Augen der SVP-Fraktion sehr unwürdig aus.» Die SVP kritisiert zwei Punkte. «Tiefpunkt der Feier war der Alt-Linke Joachim Rittmeyer, der zweimal die Nationalhymne verhunzte», sagt Aeschi. Und den Westschweizern sei aufgestossen, dass sie in einer pauschalen Stereotypisierung als Alkoholiker gebrandmarkt worden seien. Die SVP-Unlust wiederum stiess den übrigen Fraktionen auf.